

Alle reden über Klimaschutz. Wir sitzen seit 35 Jahren nur rum.

Klimakrise, Dieselskandal, Kohlestrom – seit 35 Jahren blockieren wir den Klimaschutz.



Gestern. Heute. Und in Zukunft.

Wir pfeifen auf Klima, Umwelt und Arten.

CDU

[M]

GREENPEACE

Alle reden über Klimaschutz. Die Union blockiert ihn.

Klimademos mit bundesweit Hunderttausenden Teilnehmenden, historische Verluste für die CDU bei der Europawahl und die aktuelle Studie zum Umweltbewusstsein der Deutschen¹ sagen deutlich: Ein großer Teil der Menschen im Land erwarten von der Bundesregierung Antworten auf die Klimakrise. Doch während alle über Klimaschutz reden, blockieren ihn ausgerechnet jene Parteien, die die relevanten Ministerien leiten: CDU und CSU.



CDU

Eine Bestandsaufnahme:

Klimaschutzgesetz: Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD zugesagt, im Jahr 2019 ein Klimagesetz zu verabschieden, „das die Einhaltung der Klimaschutzziele 2030 gewährleistet“. Im Februar 2019 legte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) einen Gesetzesvorschlag vor, der weitestgehend nur konkretisiert, wozu Deutschland ohnehin schon durch geltende EU-Verordnungen verpflichtet ist. Dennoch folgte ein Aufschrei bei Unions-Politiker*innen, allen voran bei Peter Altmaier (CDU) und Georg Nüßlein (CSU).² „³ Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates nannte Schulzes Vorschlag eine „weitere Ideologisierung der Umwelt- und Klimapolitik“ und einem „Schritt in Richtung Planwirtschaft“.⁴ Anstelle eines Klimaschutzgesetzes in Form eines Rahmengesetzes will die Union das Klimaschutzgesetz abschwächen zu

einem Artikelgesetz, also einer losen Sammlung einzelner Gesetzesänderungen. Monatelang lag Schulzes Entwurf zur Frühkoordinierung im Kanzleramt – ohne jede Reaktion. Am Montag nach der Europawahl gab die Umweltministerin das Papier daraufhin selbst in die Ressortabstimmung. Nur um vom CDU-geführten Kanzleramt erneut ausgebremst zu werden. Das Bundeskanzleramt widerspreche der Einleitung des Ressortabstimmung, hieß es in einer knappen Email ans Bundesumweltministerium.⁵

Kohleausstieg: Mit ihrem im Januar vorgelegten Abschlussbericht empfiehlt die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ den sofortigen Beginn des Kohleausstiegs. Doch gut vier Monate später hat die Bundesregierung noch immer für kein einziges Kohlekraftwerk ein Abschaltdatum benannt. Weder haben die Verhandlungen des Bundeswirtschaftsministeriums mit den Kraftwerksbetreibern an Fahrt aufgenommen, noch hat Peter Altmaier (CDU) Eckpunkte für das Kohleausstiegsgesetz vorgelegt. Altmaier verschleppt die rechtliche Umsetzung des Kohlekompromisses und setzt damit den mühsam errungenen Kompromiss zum Kohleausstieg aufs Spiel. Zuletzt kündigten die Bundestagsabgeordneten Axel E. Fischer (CDU), Olav Gutting (CDU), Andreas Mattfeldt (CDU), Klaus-Peter Willsch (CDU) und Alois Rainer (CSU) sogar „massiven Widerstand“ gegen die Pläne für den Kohleausstieg an.⁶

Die CDU-Ministerpräsidenten der Braunkohleländer Armin Laschet (NRW), Michael Kretschmer (Sachsen) und Reiner Haseloff (Sachsen-Anhalt) gehören seit Jahren zu den erbittertsten Gegnern eines zügigen Kohleausstiegs. Wenn Laschet nun in einer Plenardebatte sagt, er rechne erst in den Jahren 2022 bis 2024 mit ersten Abschaltungen in NRW, stellte er den Kommissionskompromiss insgesamt in Frage.⁷ Dabei hatten sich die Kommissionsmitglieder im Abschlussbericht darauf geeinigt, die ersten Kraftwerke bis zum Jahr 2022 vom Netz zu nehmen⁸ – und zwar in NRW. Nur so können der Hambacher Wald und die von den Tagebauen bedrohten Dörfer erhalten bleiben.

Sektorziele: Im November 2016 verabschiedete die damalige Große Koalition den Klimaschutzplan 2050. Der von Union und SPD geschlossene Plan legt Zwischenschritte für einzelne Bereiche fest, so genannte Sektorziele. Doch im Zuge der Diskussion um das Klimaschutzgesetz und eine CO₂-Bepreisung stellten führende CDU-

Politiker*innen vor einigen Wochen die verbindlichen Sektorziele grundsätzlich in Frage. In ihrem wöchentlichen Video-Podcast sagte Kanzlerin Merkel am 12. April 2019: „Und wir müssen auch noch einmal diskutieren und dafür werden wir dann auch bis zum Jahresende Entscheidungen treffen, ob wir sektorweise CO₂ einsparen oder ob wir die Bepreisung von CO₂ insgesamt noch stärker in den Fokus rücken. Darüber werden die Debatten in den nächsten Monaten auch gehen.“⁹

EU-Klimaziele: Die bisherigen Zusagen der Europäischen Union im Klimaschutz reichen nicht, um die im Pariser Abkommen beschlossenen Ziele zu erreichen. Um die durchschnittliche Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssen alle Vertragsstaaten ihre Ziele nachschärfen. Für die EU bedeutet dies, dass sie neben einer Langfriststrategie für eine treibhausgasneutrale EU bis 2040 auch ihr Klimaziel für 2030 nachbessern muss. Statt die CO₂-Emissionen um 40 Prozent zu senken, muss der Ausstoß an Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 zurückgehen. Beim diesjährigen Petersberger Klimadialog hat Bundeskanzlerin Merkel in Aussicht gestellt, dass sich Deutschland der Initiative einer Reihe europäischer Staaten, darunter Frankreich und die Niederlande für eine klimaneutrale EU bis 2050 anschließen wird. Das Ziel einer Verschärfung der europäischen Klimaziele für das Jahr 2030 unterstützt die Große Koalition jedoch bisher noch nicht und blockiert damit die Steigerung der EU-weiten Anstrengungen beim Klimaschutz sowie die globalen Ambitionen. Denn solange die EU nicht bereit ist nachzubessern, werden auch andere Staaten nicht nachziehen.¹⁰

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und andere Unions-Politiker*innen hatte sich wiederholt gegen eine Verschärfung des EU-Klimaziels ausgesprochen.¹¹

CO₂-Bepreisung: In der zuletzt dynamischen Diskussion über einen CO₂-Preis hat die Union keine gemeinsame Position. Der Widerstand führender CDU-Politiker*innen gegen eine Bepreisung, verhindert bislang jeden Fortschritt. Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) und auch der CDU-Wirtschaftsrat lehnen die Einführung einer CO₂-Steuer in Deutschland vehement ab und bezeichnet sie als „Insellösung, die nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch sozialpolitisch gefährlich wäre“.¹² Stattdessen schlägt der Wirtschaftsflügel der Union eine Ausweitung des Europäischen Emissionshandels auf weitere Sektoren und Wirtschaftsräume vor.¹³ Auch CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer hat einer CO₂-Steuer eine deutliche Absage erteilt.¹⁴

Erneuerbare Energien: In Brüssel stellte sich Wirtschaftsminister Altmaier gegen deutlich höhere Ausbauziele für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, wie sie Länder wie Frankreich und die Niederlande fordern.¹⁵ In Deutschland stockt der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zusätzliche Ausschreibungen für Wind- und Solaranlagen, die einzige konkrete Klimaschutzmaßnahme im Koalitionsvertrag, hatte der zuständige Energieminister Altmaier (CDU) bereits

kurz nach Amtsantritt gebremst. Vor allem der Ausbau der Windenergie an Land geht deutlich zurück¹⁶, doch Altmaier unternimmt zu wenig, um die Energiewende wieder in Fahrt zu bekommen. Die Lizenzvergabe für den Ausbau von Windparks stagniert und der Förderdeckel für Photovoltaikanlagen bremsen den Ausbau. Deutschland ist vom einstigen Vorreiter bei der Energiewende zum Mittelmaß geworden.¹⁷

Deutschland strebt laut Koalitionsvertrag für das Jahr 2030 einen Erneuerbaren-Anteil von 65 Prozent am Strommix an. Selbst dieses, aus klimawissenschaftlicher Sicht ungenügend Ziel wird verfehlt, wenn die Union nicht bald von der Bremse steigt.

Verkehr: Weil der CO₂-Ausstoß im Verkehr seit 1990 stagniert nennt ihn inzwischen selbst die Bundeskanzlerin das „große Sorgenkind“¹⁸ im Klimaschutz. Dabei opponierte die Kanzlerin in der Vergangenheit selbst aktiv in Brüssel gegen ehrgeizige CO₂-Vorgaben.¹⁹ Laut Klimaschutzplan 2050 sollen die CO₂-Emissionen im Verkehr bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent sinken. Doch Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) lehnt schnell wirksame Maßnahmen wie eine E-Auto-Quote oder eine festes Ausstiegsdatum aus dem Verbrennungsmotor kategorisch ab. Stattdessen erhofft sich der Verkehrsminister von so genannte alternativen Kraftstoffen bis zu 10 Millionen Tonnen an CO₂-Einsparungen,²⁰ obwohl Kraftstoffe aus Pflanzen enorme landwirtschaftliche Flächen beanspruchen würden und für Kraftstoff aus Strom massive zusätzliche Wind- und Solaranlagen gebaut werden müssen, deren Strom weit effizienter für das Betanken von E-Autos genutzt werden kann. Während Minister Scheuer sich alleine auf falsche Anreize für neue Mobilität verlassen will, lehnen der CSU-Politiker und die Kanzlerin es ab, Anreize für klimaschädliche Verbrennungsmotoren, wie die milliardenschweren Dieselsubventionen zu streichen.

Landwirtschaft: Das Landwirtschaftsministerium hat als erstes Ministerium einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt, wie das Klimaziel für das Jahr 2030 erreicht werden soll. Doch die darin von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) vorgeschlagenen Maßnahmen genügen nicht, um das Sektorziel für die Landwirtschaft zu erreichen.²¹ Denn einer deutlichen Reduzierung der Tierbestände in Deutschland hat Klöckner eine klare Absage erteilt. Das wäre die effektivste Maßnahme, um die Emissionen aus der Landwirtschaft zu reduzieren. Außerdem müsste weniger und effizienter gedüngt, CO₂ Verluste in landwirtschaftlichen Böden (Moore) gestoppt, und der Wald als lebendige Kohlenstoffsenske ausgebaut werden. Es kann nicht überraschen, dass gerade Unions-Politiker*innen die Wende von der Agrarindustrie hin zu einer klimafreundlichen, bäuerlichen Landwirtschaft blockieren. Unions-Abgeordnete und Agrarlobby sind eng verflochten. Rund die Hälfte der Unions-Politiker*innen im Agrarausschuss des Bundestages besetzt zusätzlich Posten im mächtigen Bauernverband, zeigt eine Studie des Instituts Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen.²² Der Bauernverband setzt sich besonders für die Interessen großer industrieller Landwirt*innen ein.

Quellen

- 1 www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/umweltbewusstseinsstudie-2018
- 2 www.tagesspiegel.de/politik/klimaschutz-zwischen-schulze-und-altmaier-der-wirtschaftsminister-geht-auf-distanz-zum-klimaschutzgesetz/24062018.html
- 3 www.deutschlandfunk.de/csu-politiker-nuesslein-zu-klimaschutzgesetz-das-ist-das.694.de.html?dram:article_id=450012
- 4 www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wirtschaftsrat-unterstuetzt-widerstand-der-union-gegen-klimaschutzgesetz-de?open
- 5 <https://twitter.com/MKreutzfeldt/status/1133721086649085953>
- 6 www.tagesschau.de/inland/kohleausstieg-113.html
- 7 https://rp-online.de/nw/landespolitik/nrw-bekommt-15-milliarden-fuer-den-kohleausstieg-und-streitet-trotzdem_aid-38983545
- 8 www.bmw.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf

- 9 www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/die-kanzlerin-direkt/merkel-klimaschutz-ist-wichtiger-teil-unserer-arbeit-16007123
- 10 www.euractiv.com/section/climate-strategy-2050/news/germany-poland-snub-eu-appeal-for-greater-climate-ambition/
- 11 www.energate-messenger.de/news/190409/altmaier-gegen-verschaerfung-des-eu-klimaziels
- 12 www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wirtschaftsrat-co2-steuer-waere-volkswirtschaftlich-und-sozialpolitisch-gefaehrlich-de?open
- 13 www.handelsblatt.com/politik/deutschland/co2-ausstoss-union-wirtschaftsfluegel-fordert-ausweitung-des-emissionshandels/24159662.html?ticket=ST-1714766-3ayVBCLrC5AKrT4VQyy-ap2
- 14 www.tagesspiegel.de/politik/wege-fuer-mehr-klimaschutz-kramp-karrenbauer-lehnt-co2-steuer-strikt-ab/24304458.html
- 15 <http://www.taz.de/EU-Entscheidung-zu-Erneuerbaren/15509458/>

- 16 www.fachagentur-windenergie.de/aktuell/detail/geringe-beteiligung-an-9-wind-auktion.html
- 17 <https://www.welt.de/wirtschaft/article190788643/Teuer-und-ineffizient-Deutschland-bei-Energiewende-abgehangt.html>
- 18 www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-ix-petersberger-klimadialog-am-19-juni-2018-1140578
- 19 www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutschland-gegen-strengere-co2-grenzwerte-das-dreiste-was-ich-in-acht-jahren-bruessel-erlebt-habe-1.1707369
- 20 www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/aktiver-klimaschutz-in-der-verkehrspolitik.html
- 21 www.taz.de/Julia-Kloeckners-Klimaplan-2030/15563088/
- 22 www.iaw.uni-bremen.de/ccm/content/mitteilungen/2019/verflechtungen-und-interessen-des-deutschen-bauernverbandes.de